

Presserklärung der GEW Darmstadt zum Artikel im
Darmstädter Echo „Streit um Restgeld vom Bund“ 25. Mai 2012

Mit Bestürzung hat der Kreisvorstand Darmstadt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zur Kenntnis genommen, dass nicht einmal ein Drittel der Gelder aus dem Bildungspaket an die betroffenen Kinder ausgezahlt worden ist. Dass die Mittel wegen des bürokratischen Aufwands nicht vollständig abgerufen werden würden, war allen Fachleuten klar. Dass zwei Drittel der Gelder allerdings übrig bleiben, ist erschütternd. Interessant wäre in diesem Zusammenhang zu wissen, wie viele Anträge abgelehnt worden sind, denn zumindest von ablehnenden Bescheiden bei der Finanzierung von Nachhilfe ist uns immer wieder berichtet worden. Kopfschütteln lösen die Bürokratie und die Höhe der Verwaltungskosten bei der Beantragung aus. Dafür ist die Bundesregierung verantwortlich, die „Hartz IV“-Empfänger unter den Generalverdacht stellt, sie würden das den Kindern zustehende Geld für andere Belange zweckentfremden.

Diese Bürokratie ist im Übrigen ein großes Ärgernis auch für Lehrerinnen und Lehrer! Die Zeit, die sie für das Ausfüllen von Formularen und Bescheinigungen verwenden müssen, wäre sinnvoller für die direkte Arbeit mit Kindern verwendet. (Erhöhten Beratungsaufwand haben auch die Sozialverbände.)

Was ist zu tun mit dem „Rest“geld von immerhin fast einer Million Euro?

Frau Akdeniz, als zuständige Dezernentin, argumentiert damit, dass weder die Rückgabe des Geldes an den Bund noch ein Auszahlen an die Betroffenen vorgesehen sei. Es ist nun im Gespräch, die nicht abgerufenen Mittel einfach in den Sozialhaushalt der Stadt einfließen zu lassen. Zwar teilt die GEW die Einstellung von Frau Akdeniz, dass die Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen für die nachhaltige Förderung benachteiligter Kinder essentiell ist, aber die Konstruktion von Arbeitslosengeld II und Bildungspaket ist eine andere Sache.

Wir müssen hier deutlich an die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts erinnern, die Versorgung der Kinder von „Hartz IV“-Empfängern zu verbessern. Dies war ja genau der Grund für die Auflegung des Bildungs- und Teilhabepakets. Und es geht dabei um eine klar definierte Zielgruppe, **um Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit für besonders Benachteiligte und es ist sicherzustellen, dass die bereitgestellten Gelder auch wirklich bei den betroffenen Kindern ankommen.** Gerade dies ist eben nicht gewährleistet, wenn die Gelder einfach in den

städtischen Sozialhaushalt fließen, der für etliche andere Gruppen und Probleme zuständig ist, und somit quasi zweckentfremdet werden.

Die eindringliche Forderung der GEW zielt auf die Erfüllung des wichtigen Gedankens der Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit.

Die GEW fordert die **Bildung von Schulfonds**, über die unbürokratisch und schnell Gelder für Mittagessen, Hausaufgabenhilfe- oder Nachhilfeprojekte, Theater, Ausflüge usw. zur Verfügung gestellt werden könnten. SchulsozialarbeiterInnen und die Lehrkräfte kennen die sozialen Notlagen der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen genau. Daher halten wir dies für den besseren und sicheren Weg zu gewährleisten, dass das Geld den betroffenen Kinder direkt zugute kommt.

Überdenken Sie Ihre Entscheidung, Frau Akdeniz!

Marita Skubich, Klaus Armbruster

Kontakte zur GEW-Darmstadt:

Klaus Armbruster, 06151- 62639, armbruster@gew-darmstadt.de
Helmuth Helfmann, 06151-893483, helfmann@gew-darmstadt.de
Marita Skubich, 06151-663357, maritaskubich@gmx.de

Impressum:

Herausgeber:

Verantwortlicher Redakteur:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Darmstadt-Stadt
Klaus Armbruster, Carsonweg 61, 64289 Darmstadt